

01.08.2012: Als Baubeginn für den ersten Windpark in der Deutschen Bucht vor Helgoland ist der 30. August auserkoren. In Vorbereitung darauf und als eine wichtige logistische Voraussetzung wurde Anfang Juli mit dem Bau des Offshore-Servicehafens auf Helgoland begonnen. Er soll der Stützpunkt für die drei neuen Offshore-Windparks mit etwa 200 Anlagen vor Deutschlands einziger Hochseeinsel werden: Nordsee Ost (RWE Innogy), Amrumbank West (Eon) und Meerwind Süd/Ost (WindMW). 28 Millionen Euro werden für den Ausbau des Helgoländer Südhafens investiert. Die Bauleute für die Windkraftanlagen und später das Wartungspersonal sollen auf Helgoland ihre Basis haben.

In der regionalen Presse konnte man schon im April lesen, dass das schicke Helgoländer Hotel Atoll -bisher Heimstatt naturverliebter Touristen- für zehn Jahre an eine Windparkfirma vermietet sei. Weitere Hotels dürften ein ähnliches Schicksal erleiden. Eine andere Firma baut zwei Wohnhäuser auf der Insel, um ihre Beschäftigten dort unterzubringen. Dass die Bewohner Helgolands so etwas wie Goldgräberstimmung verspüren, wird auch daran deutlich, dass sie anstelle des langjährigen sozialdemokratischen Bürgermeisters jetzt den Unternehmensberater Jörg Singer in dieses Amt hievten, der zur Bürgermeisterwahl mit dem Motto angetreten war: "Helgoland wird die erste Offshore-Serviceinsel der Welt." Aber nicht alle der 1.300 Helgoländer stimmen in den Jubelchor mit ein. Kritik kommt vor allem von der Tourismus-Branche, die bisher mit der unberührten Natur und der einzigartigen Luft der Hochseeinsel um Gäste warb. Aber Neu-Bürgermeister Singer weiß Rat: Er kann sich - so wird er in der Presse zitiert - vorstellen, dass es für die Touristen geführte Reisen zu den Windkraftanlagen auf hoher See geben soll und sie so das Zusammenspiel von Naturgewalten und gewaltiger neuer Technik hautnah erleben können. Jurassic-Park lässt grüßen.

Mit dem Ausbau Helgolands als "Basislager" für die Offshore-Parks allein ist es aber nicht getan. Um den weit vor der Küste erzeugten Windstrom in die Stromnetze einzuspeisen, benötigt man spezielle Offshore-Steckdosen. Das sind riesige "Schaltkästen", die auf Plattformen im Meer installiert werden müssen und die Aufgabe haben, den von den Windrädern produzierten Drehstrom in Gleichstrom umzuwandeln. An die 20 dieser Steckdosen benötigt man, sollen die Vorgaben der Bundesregierung, bis 2030 35.000 Megawatt auf See zu erzeugen, auch realisiert werden. Zur Zeit ist erst eine dieser Steckdosen fertig.

Doch damit nicht genug. Nicht nur beim Netzanschluss der Offshore-Windräder hakt es. Auch bei der Planung und dem Bau von leistungsstarken Stromtransport-Überlandleitungen vom Norden in den Westen und Süden gibt es Probleme. Am 10. Juli endete das Konsultationsverfahren zum Netzentwicklungsplan, in dem Verbände und Bürger ihre Stellungnahmen und Vorbehalte gegen die Pläne zur Trassenführung einbringen konnten. Der von den vier Unternehmen 50 Hertz (ehemals Vattenfall), TenneT (ehemals E.on), Amprion (ehemals RWE) und Transnet BW (ehemals EnBW) vorgelegte Entwurf sieht im nächsten Jahrzehnt insgesamt 3800 Kilometer neue Leitungen vor.

Vielerorts regt sich gegen den Bau dieser neuen gewaltigen Überlandleitungen Widerstand. So fordern unter anderem Bürgerinitiativen, aber auch der Bundesverband Windenergie, schon seit längerem, dass mehr auf Erdkabel gesetzt wird. Außerdem wird auf neue Materialien verwiesen, mit denen die Kapazität bestehender Freiluftleitungen erheblich erhöht werden könnte und sich damit der Bau neuer Leitungen erübrige.

Ein weiterer Problembereich stellt die "Speichertauglichkeit" der erneuerbaren Energie dar. Dringend wird eine Technik für Langzeitspeicher benötigt, die in der Lage ist, das schwankende

Naturstromangebot in den windarmen und sonnenfreien Zeiten zu regulieren.

Vor dem Hintergrund all dieser Fragen und Probleme hat Bundesumweltminister Altmaier schon mal vorsichtshalber bezweifelt, alle Ziele der Energiewende erreichen zu können. "Wenn wir das noch irgendwie schaffen wollen, dann bedarf das riesiger Anstrengungen", sagte er der "Bild am Sonntag" am 15.7.12. Es habe zudem "Prognosen zur Höhe der Strompreise gegeben, die revidiert werden müssten". In diesem Zusammenhang warnte Altmaier vor sozialen Problemen, die sich aus der Energiewende ergeben könnten. Für September kündigte er ein Treffen mit Vertretern von Sozialverbänden, Verbraucherschützern und Politik einschließlich Kommunen an.

Die SPD fordert derweil die Einrichtung einer eigenständigen Agentur zur Gestaltung der Energiewende. In einer solchen Agentur sollten die Industrie, Verbraucherverbände, Bundesländer, Stadtwerke und die Energiewirtschaft sitzen, um der Politik Vorschläge zu machen, erklärte SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel.

Diese Vorschlagsliste Gabriels ist ja selbst für Sozialdemokraten ein wenig arg kapitallastig geraten. Wenn schon über Alternativen im Drehbuch "Energiewende", verfasst von den Energiekonzernen, proudly presents von der Bundesregierung, gesprochen werden soll, gehören doch wohl in erster Linie die Gewerkschaften, die Umweltverbände, die Sozialverbände und der Mieterverein mit an den Tisch. Und vielleicht kommen diese Beteiligten dann ja zu dem Ergebnis, das alte Drehbuch gänzlich auf den Müll zu werfen und ein neues zu schreiben. Arbeitstitel: "Mit der Energiewende in eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft." Für einige aus Besetzungsliste von Gabriel wäre da aber wohl kein Platz mehr.

Text: gst Foto: [wund3kind](#)